Erscheint wöchentlich 4 Mal: Dienstag und Freitag früh Mittwoch und Sonnabend Mittag. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis Montag und Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch und Sonnabend bis Vormittags 10 Uhr in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltig Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 155. Mittwoch, den 3. Oktober. 1866

Zur Situation.

In Hannover und Kassel ist nun ebenfalls das Gesetz über die Vereinigung von Hannover 2c. mit der preußischen Monarchie durch die Gesetzsammlung publicirt worden, wie dies schon früher durch den „Staatsanz." geschehen war. Man darf annehmen, daß nun auch die Veröffentlichung der Besitzergreifungspatente sofort erfolgen wird. Mit der Eidesleistung der Beamten 2c. würde dann ein Zwischenzustand seinen Abschluß finden, welcher in den neu erworbenen Ländern nur ein Gefühl der Ungewißheit und des Unbehagens nährt und welchen nicht zu verlängern im allseitigen Interesse liegt.

Bis jetzt ist das Provisorium namentlich in Hannover verwerthet worden, um allerlei dynastische Kundgebungen ins Werk zu setzen, für deren Organisation in Holstein seit lange das Vorbild gegeben war. Von einer Sehnsucht nach einer deutschen Föderativrepublik, welche nach der Vorstellung der großdeutschen Radikalen den innersten Grund der Abneigung gegen die Einverleibung in Preußen bilden soll, ist diesen Kundgebungen so wenig in Hannover wie früher in Holstein etwas anzumerken, sondern sie treten dort wie hier lediglich in der Form unterthäniger Loyalitätsversicherungen an das angestammte Fürstenhaus auf. So verhält es sich namentlich mit der Gratulationsadresse an den Kronprinzen von Hannover zu seinem Geburtstage, die von Ort zu Ort kolportirt und neulich in Wien überreicht worden ist. Dem Abschluß mit Meiningen ist jetzt auch der mit Reuß ä. L. gefolgt, so daß nur der Frieden mit dem Königreich Sachsen noch herzustellen bleibt. Das in Greiz erscheinende Amtsblatt vom 28. September bringt folgende Mittheilung: „Nach der gestern Abend erfolgten Rückkehr der nach Berlin zum Abschluß des Friedensvertrages mit Preußen von hier aus entsendeten Bevollmächtigten vernimmt man aus guter Quelle, daß der Abschluß des Friedens erfolgt ist und der Austausch der Ratifikationsurkunden für die nächste Zeit bevorsteht. Nach Inhalt dieses Vertrages hat das hiesige Fürstenthum eine Summe von 100,000 Thaler als Beitrag zur königlich preußischen Wittwen- und Invalidenkasse zu entrichten, wovon die Fürstin-Regentin einen sehr beträchtlichen Theil (die Hälfte, wie man hört) auf ihre Privatchatoulle übernommen hat. Nach erfolgter, von fürstlicher Regierung sofort zu bewirkender Sicherstellung der Zahlung obiger Summe sollen die königlich preußischen Okkupationstruppen von hier ab- und das in Rastatt befindliche fürstliche Militär zurückgerufen werden."

— Die Verhandlungen mit Sachsen ruhen. Der „Bresl. Ztg." schreibt ein Bewohner Sachsens: „Nicht allein, daß die von Berlin über den Friedensschluß mit Sachsen lautenden Nachrichten gar nicht recht friedlich klingen, auch aus dem sächsischen Heereslager bei Wien kommen allerhand Mittheilungen, die nichts weniger als friedlich oder friedliebend sind. Die preußische Armee hat zum größten Theile wenigstens die älteren Jahrgänge der Landwehr entlassen; die sächsische Armee hält ihre Reserven unerbittlich bei der Fahne, so sehr auch die Frauen und Kinder der nutzlos unterm Gewehr stehendenden Mannschaften um Rückkehr flehen. Preußen berief seine Landwehr im Mai d. J. Sachsen schon mehr denn vier Wochen vorher, im März, seine Reserven. Und wollte man auch annehmen, König Johann warte nur auf den Zeitpunkt, wo er an der Spitze seines möglichst zahlreichen Heeres den Einzug in Sachsen halten könne, so bleibt es doch vollständig sinnlos und unverständlich, daß noch jetzt Kriegs-Reservisten Ordre zum Eintritt in die Armee erhalten. An dem Thatbestande ist um so weniger zu zweifeln, als die „Const. Ztg." sogar einzelne Namen derer nennt, die der Armee nachfolgen und bereits morgen in ihre Bataillone eintreten sollen. Daß bei diesen Zuständen daß sächsische Volk am meisten zu leiden hat, ist natürlich; aber wir können es nicht bedauern, denn jedes Volk ist seines Glückes oder Unglückes Schmied."

— Der „Danz. Ztg." wird aus Berlin Folgendes mitgetheilt: „Zu viel Gleichgiltigkeit entwickelt die deutsche Presse gegenüber der orientalischen Frage; die griechische Bewegung wird meistens ganz ignorirt, bis auf Registrirung der Facta, welche abgeschnittene Hälse von so und so viel Türken betreffen. Man sieht das hochwichtige Ereigniß mit derselben Gleichgiltigkeit an, wie etwa den Aufstand in Neuseeland; und doch steht diese Angelegenheit in nahen Beziehungen zu der nationalen Neugestaltung Deutschlands. Ganz abgesehen davon, daß die preuß. Regierung das Prinzip berechtigter Nationalitäts-Bestrebungen acceptirt hat, — ganz abgesehen davon, daß die griechische Bevölkerung in der europäischen Türkei eine namhafte Majorität bildet, und deßhalb vollkommen befugt ist, Abstellung jener Mißbräuche zu verlangen, nach welchen eine Anzahl muselmännischer Satrapen in willkürlicher Weise die Provinzen aussaugen, ohne für Entwickelung irgend eines Volks-Interesses auch nur das Allergeringste zu thun; ganz abgesehen von all diesen Verhältnissen, die an sich schon geneigt sind Theilnahme für jene Frage zu erwecken, so hätte man in Preußen allen Grund, die griechischen Angelegenheiten in den Vordergrund zu ziehen, weil durch den Orient die Aufmerksamkeit aller jener Mächte von Deutschlands Entwickelung abgelenkt werden muß, die nur zu gerne ihre Mißgunst an unseren nationalen Bestrebungen durch die positive That documentiren möchten. Bisher allerdings konnten Rußland und Frankreich nur in negativer Weise ihren Unwillen über die Concentration der deutschen Kräfte in der Hand Preußens geltend machen, und sie thaten dies, indem sie nach Kräften lähmend auf die Action Preußens bei den Friedens-Verhandlungen wirkten. Die beiden Großstaaten konnten nicht aus ihrer Reserve herausgehen, weil ihre eigenen Angelegenheiten hemmend auf ihre Thatkraft gegen Preußen wirkten. Nothgedrungen werden Rußland und Oesterreich ihre Aufmerksamkeit der orientalischen Frage widmen, und die Westmächte können natürlich nicht unterlassen, hierbei ein wachsames Auge auf die Bestrebungen der beiden östlichen Kaiserstaaten zu haben. Preußen und Italien aber werden wie bisher gemeinschaftlich, und ohne Hintergedanken, ihren Einfluß in unparteiischer Weise geltend machen. Die Stellung Preußens an der Spitze Norddeutschlands, sein Heer und seine günstige finanzielle Lage, seine Freundschaft mit Italien, Bayern, Baden und Hessen, seine uneigennützige Politik gegen Holland, Belgien und Dänemarck machen unser Vaterland zu einem gesuchten Bundesgenossen, zu einem gefürchteten Feinde."

— Das „Neue Fremdenblatt" vom 2. d. veröffentlicht einen an die sämmtlichen Kabinette Europas abgesandten, vom 23. September datirten Protest Hannovers gegen die Annektirung Hannovers durch Preußen.

In dem Protest wird die Unterstützung aller Mächte gegen Preußen angerufen. Der König Georg erklärt, daß er niemals auf seine Souveränetätsrechte, auf seine Staaten verzichten werde und bezeichnete alle Handlungen, welche die preußische Regierung oder deren Agenten dort begehen oder begehen werden, als nichtig. Er warnt diejenigen, welche hierbei interessirt sein können, und hofft von künftigen Ereignissen die Wiederherstellung eines unabhängigen Hannovers.

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 2. Oktober. Wie die „Köln. Ztg. vernimmt, ist die Regierung mit den Vorarbeiten zur Aufhebung des Salzmonopols und Einführung einer dem ganzen Zollvereine gemeinschaftlichen Salzsteuer eifrig beschäftigt. Es sollen die in Hannover und Oldenburg bestehenden Einrichtungen zu grunde gelegt, die Einfuhr von Salz aus dem Auslande jedoch allgemein gestattet werden. Der die Salzsachen im Finanzministerium bearbeitende Geh. Ober-Finanzrath Scheele wird sich nächstens nach Hannover begeben, um sich über die zum Schutze der Salzsteuer bestehender Einrichtungen zu informiren. — Ueber die Verwaltung der neu erworbenen Länder schreibt die „Zeidl. Corrspdz.": „Die Civil-Verwaltung wird sofort in Hände von Commissarien übergeben, welche etwa gleiche Befugnisse wie die Ober-Präsidenten der preußischen Provinzen besitzen werden. Die eigentlichen Ministerial-Geschäft verlegen sich selbstverständlich nach den Ministerien in Berlin. Die Functionen der General-Gouvernements erhalten einen rein militärischen Charakter. Die Truppen in Hessen, Nassau und Frankfurt a. M. bilden eine Division unter dem Namen Truppen in Hessen. Ihr Commandeur heißt Ober-Befehlshaber der Truppen in Hessen. Brigade-Verbände bilden sie einstweilen nicht. Die Truppen in Hannover bleiben ihren inneren Verhältnissen nach in denselben Zusammenhängen und Beziehungen wie im Frieden. Das Gouvernement der Herzogthümer Schleswig-Holstein bleibt aufgehoben. Das General-Commando der dort befindlichen Truppen heißt von jetzt ab General-Commando über die Truppen in den Elb-Herzogthümern. Die Truppen bilden ein Divisions-Verband unter der Benennung combinirte Division in den Elb-Herzogthümern. Die Brigaden heißen wie bisher erste, resp. zweite combinirte Infanterie-Brigade und combinirte Cavallerie-Brigade. Was die bürgerliche Verwaltung der neu hinzugekommenen Landestheile betrifft, so werden die bestehenden Organisationen und Gewohnheiten mit Schonung behandelt werden. Preußen ist mit Unrecht beschuldigt worden, daß es einer schablonenmäßigen Verwaltung geneigt sei und eine unbedingt centralistische Tendenz verfolge. Je mehr es sich der Durchführung seines deutschen Berufes widmet, desto mehr sieht es sich darauf angewiesen, dem ehrenwerthen und gesunden Zuge communaler Autonomie, der den germanischen Character auszeichnet, eine berechtigte Gewalt in seinem Staats-Organismus einzuräumen. Die gegnerischen Politiker, welche etwa darauf rechnen, daß durch schroffes Centralisiren eine reagirende Mißstimmung in den neuerworbenen Ländern erzeugt werden dürfte, werden bald ihre Täuschung einsehen. (Wir wollen hoffen, daß es so sein wird.) In der Organisation der Gerichts-Behörden wird zunächst gar keine Aenderung vorgenommen werden. Auch das Ober-Apellations-Gericht in Celle wird einstweilen in seinen bisherigen Befugnissen erhalten werden."

— Als Oberpräsidenten von Hannover nennt die „Brsl. Morgenztg." den Grafen Schwerin.

— Süddeutsche Blätter schreiben Folgendes: Zu den gegenwärtigen acht Provinzen des preußischen Staates kommen drei neue; Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen, letzteres mit der Hauptstadt Kassel. Die Provinz Hessen soll in drei Regierungsbezirke zerfallen: 1) Kassel, aus den bisherigen kurhessischen Provinzen Oberhessen, Niederhessen und einem Theile von Fulda, sowie den Kreisen Biedenkopf und Böhl bestehend; 2) Wiesbaden, dem bisherigen Herzogthum Nassau mit dem Kreise Wetzlar; 3) Frankfurt, zusammengesetzt aus dem Gebiete der Stadt Frankfurt, der kurhessischen Provinz Hanau mit einem Theile von Fulda und den früher bayerischen Bezirken, der Landgrafschaft Homburg, dem Bezirke Rödelheim und dem nassauischen Amte Höchst. Dagegen werden die kurhessischen Kreise Schmalkalden dem Regierungsbezirke Erfurt und Schaumburg dem Regierungsbezirke Hannover, das Oberamt Meisenheim dem Regierungsbezirke Koblenz zugetheilt. Die neue Provinz Hessen wird 1,387,000 Einwohner zählen, von denen ungefähr 552,000 auf den Kasseler, 342,000 auf den Frankfurter und 493,000 auf den Wiesbadener Regierungsbezirk kommen dürften. Die Provinz Hannover wird 1,925,000, Schleswig-Holstein (mit Lauenburg) 1,009,000 Bewohner zählen.

— In Folge der Erwerbung der neuen Landestheile werden die dort bestandenen Staatslotterien demdemnächst eingehen und darauf hin wird die Zahl der Loose der preußischen Klassenlotterie auf 120,000 vermehrt werden. Der Plan unterliegt, nach der „K. Z.", ehe er zur Ausführung gelangt, noch der Genehmigung der Landesvertretung, und es wird das Budget für 1867 schon die darauf bezüglichen Anträge enthalten. — Wie es heißt, würde der Staatsminister a. D. Graf von Schwerin vorerst die Stelle eines Civil-Gouverneurs für Hannover in der Weise erhalten, wie sie der Staatsminister a. D. Freiherr v. Patow in Frankfurt inne hat.

Hannover, den 30. September, Vormittags. Die hannoversche Gesetzsammlung verkündet das Gesetz über die Vereinigung Hannovers 2c. mit Preußen. Das Gesetz tritt sofort mit der Verkündigung in Kraft

Die Ausführungsbestimmungen bleiben vorbehalten. Einstweilen wird die Verwaltung des Landes wie bisher fortgeführt.

Schwerin, den 1. Oktober. In der bevorstehenden Plenarversammlung der Stände wird die Verlesung des Kommissionsberichts stattfinden. Das ziemlich umfangreiche Aktenstück geht von der Majorität der aus 24 Mitgliedern bestehenden Kommission aus; einige Mitglieder haben ihre abweichenden Ansichten in einem Separatvotum ausgeführt. Ausgehend von der Erwägung, daß es sich gegenwärtig nicht mehr um die Grundzüge der neuen, politischen Gestaltung Deutschlands, sondern nur noch die nothwendigen Folgen bereits feststehender Thatsachen handelt, auf welche den minder mächtigen deutschen Staaten jede Einwirkung benommen war, ferner auf Grund der der Kommission zur Kenntnißnahme zugegangenen vertraulichen Mitteilungen, aus welchen die Mitglieder nur die Bestätigung von der zwingenden Nothwendigkeit des Beitritts zu den von Preußen gestellten Bedingungen entnommen haben, insofern hierdurch die Großherzöge die Unabhängigkeit und Integrität des Landes bewahren — schlägt die Kommission folgende Beschlußfassung vor: „Die ständische Zustimmung dazu zu erklären, daß die hohen Regierungen sich an der Feststellung eines Bundesverfassungs-Entwurfes betheiligen und denselben dem zu berufenden Parlamente zur Berathung vorlegen." Die Kommission hebt jedoch die Bedenken hervor, welche ihr entgegengetreten sind und knüpft daran die Wünsche, welche von den Ständen vertrauensvoll den hohen Regierungen zur Geltendmachung anheimgegeben werden. So wird verlangt, daß die in dem preußischen Entwurf vom 10. Juni der Kompetenz der Bundesgewalt und resp. des Parlaments überwiesenen Gegenstände das Maximum dessen sein werden, was dieser Kompetenz anzugehören hat. Es soll ferner überhaupt als Grundsatz festgestellt werden, daß dem Parlamente keine Einwirkung auf die Verfassungsverhältnisse der Einzelstaaten zuzuerkennen sei. Demnach werde u. A. die Frage, ob und eventuell unter welchen Be- Bedingungen der Anschluß Mecklenburgs an den deutschen Zollverein stattzufinden habe, von der freien ständischen Vereinbarung und Zustimmung abhängig bleiben müssen. Direkte Parlamentswahlen auf Grund des Reichswahlgesetzes erkennt die Kommission für sehr bedenklich und hält dafür, daß bei den Wahlen zu dem künftigen definitiven Parlament eine andere Grundlage angenommen werde; nur die Erwägung, daß das demnächst zusammentretende Parlament nur zur Berathung des Bundesverfassungsentwurfs berufen werde, konnte die Kommission bewegen, diese Bedenken für jetzt fallen zu lassen. Es heißt schließlich: „Der Zweck des von dem Allerhöchsten Landesherrn eingegangenen Bündnißvertrages, welcher ausdrücklich auf die Erhaltung der äußeren nicht nur, sondern auch der inneren Sicherheit des Landes mit gerichtet ist, läßt erwarten, daß auch die Landesverfassung, auf deren Fortbestehen die innere Sicherheit des Landes wesentlich beruht, erhalten bleibe. Um dies desto sicherer zu erreichen, dürfte an die Allerhöchsten Landesherrn die Bitte zu richten sein, daß Allerhöchstdieselben bei der definitiven Feststellung der Bundesverfassung die Garantie der bestehen Landesverfassung durch die Bundesgewalt in geeigneter Weise herbeizuführen geruhen wollen."

Das Separatvotum der dissentirenden Kommissionsmitglieder empfiehlt: „Der Landtag wolle den Regierungen ein weiteres Vorgehen auf Grund der Artikel 2 und 5 des Vertrages vom 21. August 1866 wiederrathen."

Leipzig. Die Leipziger „D. A. Z." fährt fortt, auf eine beschleunigte Ausgleichung mit Preisgebung aller hohlen militärischen und diplomatischen Prätensionen zu dringen, wobei sie namentlich auch die materiellen Nachtheile des Zwischenzustandes hervorhebt. Sie sagt darüber:

„Jeder Tag, um welchen der Abschluß verzögert wird, schlägt dem Verkehr des sächsischen Volkes und folglich dem Wohlstande des Landes neue Wunden. Und wenn es bei solchen Verzögerungen sich wirklich nur um Ansprüche handelt, wie etwa darum, ob der König von Sachsen künftig noch die Offizierspatente für die sächsische Armee vollziehen soll, oder der König von Preußen als Bundeshaupt, etwa darum, ob Sachsen durch besondere Gesandte im Auslande — dem Namen und Schein nach — vertreten sein soll, oder — mit ganz anderer Wirksamkeit — durch Gesandte des norddeutschen Bundes, einer Macht von 30 Millionen Einwohnern! — wenn etwa um solcher Dinge willen, die dem Volke entweder gleichgültig sind oder deren Dahingabe an ein größeres Ganzes wohl gar in seinem wohlverstandenen Interesse liegt, wochen-, monatelang dieser Schwebezustand verlängert und damit zugleich dem Lande die doppelten Kosten der fremden Okkupation im Innern und der Erhaltung unserer Truppen in der Fremde aufgebürdet werden sollten, so hieße dies gewiß nicht das Beste des Landes im Auge haben, und das Volk hätte gerechte Ursache, zu fragen, wie es dazu komme, für eine solche Politik der Verzögerung zu büßen."

Dresden, den 1. October. Die Meldung daß nämlich der neue Generalgouverneur für Sachsen sein Amt durch Aufhebung des Verbots der politischen Versammlungen inauguriren werde, ist schon in Erfüllung gegangen. Der Generallieutenant v. Tümpling, der jetzt interimistisch das Königreich an Stelle des verstorbenen Generals v. Schack verwaltet, hat das Verbot heute auf Antrag des Herrn v. Wurmb zurückgenommen. In der Veröffentlichung dieser Verordnung wird zwar als Motiv angegeben, daß die Wahlen zum deutschen Parlamente bevorständen, und außerdem Ergänzungswahlen für den sächsischen Landtag vorzunehmen seien. Indessen schließt diese Art von Motivirung, politische Versammlungen zu andern Zwecken nicht aus und das ist, für den Augenblick die Hauptsache. Das Land will da die Friedensverhandlungen nicht von der Stelle rücken, sich vernehmbar machen und auf die sächsische Regierung durch das allgemein ausgedrückte Verlangen nach schneller und vollständiger Verständigung mit Preußen den Druck ausüben, der leider bei der durch das Verbot von Versammlungen eingetretenen Stagnation des öffentlichen Lebens bis jetzt gefehlt hat. Schon in den nächsten Tagen werden Aufforderungen zu solchen Kundgebungen im Königreiche erfolgen, und auch Dresden wird dieses Mal nicht in Benutzung des wieder verliehenen Vereinsrechtes zurückbleiben.

Kassel. Das „Gesetzblatt" veröffentlicht eine Bekanntmachung vom heutigen Tage, welche das Gesetz vom 20. September, betreffend die Vereinigung des Kurfürstenthums mit der preußischen Monarchie verkündigt.

Hannover, den 28. September. In den Hauptorten Ostfrieslands wird der Tag der Wiedervereinigung mit Preußen festlich begangen werden. In Leer rüstet man sich sogar auf einen Vorbereitungs- und drei Festtage. Da bei den Zurüstungen in Leer vielfältig schwarz-roth-goldene Fahnen zum Vorschein kamen, nach einer neulich erlassenen Anordnung aber nur der Gebrauch von preußischen Fahnen gestattet ist, so war man genöthigt sich auf telegraphischem Wege an den General-Gouverneur v. Voigts-Rheetz um Abhülfe zu wenden. Es kam die Antwort, daß alle Flaggen, außer solche in hannoverschen Farben, zur Anwendung kommen dürften, was allgemeine Befriedigung erregte. In Aurich, der Provinzialhauptstadt, ist Erleuchtung des Rathhauses beschlossen worden, die Stadt wird sich aus freien Stücken anschließen, Norden hat ebenfalls Ausschmückung und Erleuchtung der Häuser und einen Umzug unter Glockenschall beschlossen, und zwar durch seine städtischen Kollegien.

Oesterreich. Das Kriegsericht in Wiener Neustadt ist mit seinen Arbeiten fertig. Die angeklagten Generale sind, einer Mittheilung an die „Deutsche Allg. Ztg." zufolge, freigesprochen in der Erwägung, daß es ein Unglück, aber kein Verbrechen ist, nicht das Zeug zum Befehlshaber zu haben; aber ein Offizier (vom Infanterie-Regiment Reischach), der nicht General ist, wurde wegen seines Verhaltens bei Königgrätz verurtheilt und ist bereits erschossen worden.

Frankreich. Das „Journal des Debats" erinnert daran, daß Graf Bismarck bereits zur Zeit des italienischen Krieges von 1859 in einem vertraulichen Schreiben aus Petersburg vom 12. Mai an den damaligen Minister des Auswärtigen, Hrn. v. Schleinitz, seine ganze Politik dargelegt habe, und knüpft daran folgende Bemerkungen: „Diese merkwürdige und interessante Depesche scheint uns in vieler Hinsicht deshalb besonders beachtenswerth, weil sie sieben Jahre voraus bereits die ganze Politik zeichnet, welche Hr. v. Bismarck jetzt in Ausübung bringt. Hr. v. Bismarck hatte dieses Programm mit kühner Hand entworfen, aber mit eben so viel Festigkeit als Vorsicht, und diejenigen, welche die Depesche zu der Zeit lasen, als sie geschrieben wurde, mußten sich sagen, daß, würde jemals ein solcher Mann die Angelegenheiten Preußens nach seinem Sinne lenken, er nicht verfehlen würde, irgend eine Verhandlung am Bundestage hervorzurufen, in welcher er „eine Ueberschreitung seiner Kompetenzen, oder eine willkürliche Modifikation des Zweckes des Bundes oder eine Verletzung des Bundesvertrages" erblicken könnte, und die ihm erlauben würde, den Fehdehandschuh unverzüglich aufzunehmen, d. h. den Bund für aufgelöst zu erklären. Und das ist es ganz genau, was in der Bundestagssitzung vom 14. Juni d. J. erfolgt ist. Der Bundestag hatte auf Oesterreichs Forderung die schleunige Mobilisirung des ganzen Bundesheeres befohlen mit Ausnahme des preußischen Kontingentes. Der Vertreter Preußens erklärte sofort, daß der Beschluß des Bundestages einer Kriegserklärung gleich käme, daß Preußen von da an den Bruch des Bundes als vollzogen und die Bundesverfassung als aufgelöst betrachte. Und nach diesem negativen Siege hat Graf Bismarck, wie er 1859 empfohlen, zu Eisen und Feuer gegriffen, um sich Oesterreich vom Halse zu schaffen und zwischen Preußen und seinen deutschen Nachbarn die Beziehungen herzustellen, welche er für die geeignetsten hält, um Preußens Herrschaft in Deutschland sicher zu stellen. Herr v. Bismarck sah in seiner Depesche vom 12. Mai 1859, welche man für nach dem August 1866 geschrieben halten könnte, sogar voraus, daß Rußland und Frankreich sich zurückhalten würden, und die Ereignisse haben gezeigt, daß er Recht hatte. Diese Depesche war ein so getreuer Ausdruck seiner Gedanken, daß das, was das Wesen ihres Inhaltes bildet, beständig in seinen Unterredungen wieder vorkam, sowohl in Frankfurt wie in Wien, in Petersburg wie in Paris; es gefiel ihm, diesen Gegenstand zu behandeln, und er that es mit einem Eifer, worüber man oft erstaunte und der die, welche ihn hörten, sagen ließ, wenn jemals Herr v. Bismarck Preußen regiert, so wird er in Deutschland Alles auf den Kopf stellen und vielleich in Europa dazu. Alles das war ganz öffentlich, und wir haben ohne Furcht vor einem Dementi oder selbst nur einer Berichtigung, bereits vor vier Jahren dem Herrn v. Bismarck dieselben Ideen und dieselben Ansichten zuschreiben können, welche er in seiner vertraulichen Depesche, die damals noch unbekannt war, aufgestellt hat."

— Das „Journal des Débats" bringt einen Artikel über den Grafen Bismarck. Es wird darin namentlich die politische Thätigkeit des preußischen Premiers Dänemark und dann später Oesterreich und dem Bundestag gegenüber behandelt. Aus dem kleinen dänischen Kriege habe Herr v. Bismarck zwei Dinge gelernt: die Vorzüglichkeit der preußischen Organisation und Bewaffnung und dann die relative Schwäche der Oesterreicher in beiden Punkten. „Und da Herr v. Bismarck sowohl die Finanznoth, wie die italienischen Verlegenheiten Oesterreichs sehr gut kannte, so hielt er den Augenblick für Preußen gekommen, als dominirende Macht zu sprechen und zu handeln, nicht allein Oesterreich, sondern dem ganzen deutschen Bunde seinen Willen aufzuerlegen und so den ersten Theil seines Programmes vom 12. Mai 1859 auszuführen." Auch heute wieder, wie schon vorher, betont der Verfasser des Artikels mit ganz besonderem Nachdruck den Umstand, daß Herr v. Bismarck nie aus seinen Plänen ein Geheimniß gemacht habe, und daß die von ihm besiegten Gegner nur ihrer eigenen Sorglosigkeit die Niederlage zuzuschreiben hätten. Hr. v. Bismarck war aber auch von vornherein seiner Sache gewiß, wenigstens in Bezug auf den diplomatischen Verlauf. Der Bundesbeschluß vom 14. Juni entsprach seinen Absichten vollständig, und denen, die ihm ihre Besorgnisse darüber ausdrückten, sagte er: „Beruhigen Sie sich, Alles geht ausgezeichnet." Ueber den weiteren Verlauf, den die Dinge nehmen würden, war er ebenfalls auch ziemlich unbesorgt. Er kannte den schlechten Zustand der Armeen Oesterreichs und des Bundes, die Langsamkeit der einzelnen Regierungen und ihre Unschlüssigkeit. Ferner versprach er sich viel von der Mitwirkung Italiens, sei es auch nur um einen beträchtlichen Theil der österreichischen Armee im Schach zu halten. „Endlich glaubte Hr. v. Bismarck auf die Neutralität der drei dem Kriege fremden Großmächte zählen zu dürfen. Herr v. Bismarck hatte überall genaue Erkundigungen eingezogen und einige Worte, die man ihm Anfang März 1866 berichtet hatte, ermächtigten ihn zu dem Glauben, daß das, was er in Deutschland thun würde, insofern er nur handle und der etwa beabsichtigten Einsprache die Autorität der vollzogenen Thatsachen entgegengehalten könnte. Die Schnelligkeit des Erfolges und die Größe der Resultate haben ganz Europa überrascht; wir haben gesehen, daß selbst der König von Preußen darüber erstaunt war." — Schließlich giebt das „Journal des Debatts" zu, daß in dem Verfahren der preußischen Regierung und in den Ausführungen in denen Herr v. Bismarck dasselbe zu rechtfertigen suchte, keineswegs Alles zu billigen sei. „Wir glauben im Gegentheil, heißt es, daß unter diesen Handlungen und Prinzipien manche sind, die in keiner Beziehung gutgeheißen werden können; andere können vom Standpunkt des preußischen oder deutschen Interesses aus gerechtfertigt werden, müssen aber Europa in Aufmerksamkeit erhalten, und über andere endlich hat weder in Frankreich noch irgendwo Jemand das Recht, sich zu beklagen."

Großbritannien. In der Zusammenkunft der Aktionäre des transatlantischen Telegraphen a. 27. v. äußerte der Vorsitzende seine Meinung dahin, daß in nicht ferner Zeit eine große Reduktion des Tarifs, vielleicht um die Hälfte, werde einzutreten haben. In 55 Tagen, vom 28 Juli bis 21. September wurden 46,04[illegible] Lstrl. eingenommen, was einschließlich der Sonntage und andern Unterbrechungen 837 Lstrl. per Tag ergiebt. Die höchste Tageseinnahme war 2008 Lstrl. — Zwischen einer Anzahl amerikanischer Zeitungen und der Gesellschaft des atlantischen Telegraphen ist eine Uebereinkunft getroffen worden, wonach um den wöchentlichen Satz von 100 Dollars für jede Zeitung dieselben täglich hundert Worte telegraphirt erhalten. Bis jetzt haben sich etwa zwanzig Blätter angeschlossen.

— Am 29. September reist Kinkel von London ab, um seinen neuen Wirkungskreis in Zürich anzutreten, und a. 28 Abends veranstalten seine Freude für ihn ein Abschiedsfest, bei welcher Gelegenheit sie ihm eine Bronzevase und Silbergeschirre im Werthe von 300 L. überreichen werden.

Spanien Der Pariser Correspondent der „Times", welcher mit den spanischen Angelegenheiten vertraut ist durch persönliche Beziehungen zu politischen Führern dieses Landes, glaubt, daß eine Revolution, und zwar eine dynastische Revolution dort nicht ausbleiben könne; Spanien sei noch nie so schlecht regiert worden, als jetzt. Daß davon bisher in den öffentlichen Blättern nichts verlautet, ist eine Folge der Vorsichtsmaßregeln der Regierung. Im Lande selbst ist die Presse vollständig unterdrückt; es existiren nur noch Blätter, welche ganz und gar in Händen der Regierung sind, die Berichterstatter auswärtiger Journale aber werden vertrieben, wenn sie nicht für die Regierung dienstbar gemacht werden können. Von den Ministerien des Innern und der Finanzen aber werden Mittheilungen in die auswärtigen Blätter befördert, welche den Zustand des Landes fälschlicher Weise im besten Lichte darstellen; die Wahrheit ist, daß das Land von der abscheulichsten Tyrannei unterdrückt wird, welche jemals darin geherrscht hat seit der Abschaffung der Inquisitions-Regierung. Leute werden auf bloßen Verdacht hin arretirt und eingesperrt und lediglich ihrer politischen Meinungen wegen ohne Gericht oder Verhör transportirt. So wurden am 14. Sept. siebenzehn Personen in der Nacht arretirt und fortgebracht, ohne daß ihre Familien erfahren konnten, wohin. Ihr Verbrechen bestand darin, daß sie für politische Verbannte Unterstützungen gesammelt hatten. Eine andere Thatsache ist noch schlimmer. Ein Capitän außer Dienst, Hr. Ventura, ward mit dreißig anderen Personen arretirt. Seine Frau hörte, daß sein Leben bedroht sei und folgte ihm deshalb von Madrid nach Barcelona, es ward ihr aber der Zutritt zu ihm verweigert. Ventura ward erschossen, und an demselben Tage ward seine Frau gefangen genommen, von Gendarmen noch Madrid escortirt und erwartet dort ihre Deportation nach einer der Strafcolonien. Die

dreißig anderen Gefangenen wurden nach den Philippinen deportirt. Das Uebel kommt von der höchsten Stelle; die Königin weiß sehr wohl, wie die Leute sind, welche sie die Nation tyrannisiren läßt, deren Loyalität endlich doch erschüttert werden muß. Es kann gar nicht lange mehr dauern, bis eine Krisis eintritt, welche den letzten noch regierenden Zweig zu den anderen schon entthronten Zweigen des bourbonischen Hauses werfen wird.

Rußland. Die Uebertritte Seitens der römisch-katholischen Bevölkerung zur griechisch = orthodoxe Kirche haben in Littauen in letzter Zeit so großartige Dimensionen angenommen, daß die Existenz der römisch-katholischen Kirche in jenem Lande ernstlich bedroht erscheint. In der Regel sind es jetzt ganze Gemeinden, die mit ihrem Pfarrer an der Spitze ihren Uebertritt zur russischen Staatskirche erklären. Nach amtlicher Angabe betrug die Zahl solcher Convertirten in der ersten Hälfte dieses Jahres 40,000. — In Folge der besonderen Verwendung des Statthalters Graf Berg hat der Kaiser genehmigt, daß von dem in diesem Herbst im Königreich Polen auszuhebenden Recruten wieder, wie im vorigen Jahr, 2000 Mann im Lande verbleiben und bei den im Warschauer Militärbezirk garnisonirenden Regimentern zur Ableistung ihrer Dienstzeit eingestellt werden dürfen. Diese Anordnung ist von der ländlichen Bevölkerung mit um so größerer Befriedigung aufgenommen worden, als es bekannt war, daß die ultrarussische Partei dieselbe zu hintertreiben gesucht hatte.

Türkei. Die Insurgenten haben die bei Malека verlorene Stellung forcirt und gleichzeitig die Höhen von Kreumin, welche Kanea beherrschen, angegriffen. Ali Riza Pascha warf dieselben zurück. Am 22. d. wurde der Kampf in den Bergen vo Kerumin erneuert, wobei Mehemet Pascha die Positionen der Insurgenten erstürmte und ihnen empfindliche Verluste beibrachte, Die Insurgenten zogen sich in die Berge von Sphakia zurück. Die Sphakioten wollen sich unterwerfen. Kiritli Pascha kommandirt die Türken in Person. — Die diplomatische Mission Stirbey's ist von Erfolg begleitet. Der Fürst Karl ist difinitiv als Regent Rumäniens anerkannt worden. Anfangs Oktober wird die Investitur erfolgen. — Seitens Moustier's ist die Pforte gewarnt worden, einen Hafen im ägäischen Meere an Rußland oder Amerika abzutreten.

— Die Griechen in Konstantinopel haben dem französischen Botschafter Marquis de Moustier bei seinem Scheiden von hier eine Adresse überreicht. Sie sprechen ihm darin ihren Dank dafür aus, daß er die intellektuelle Entwickelung der Christen im Oriente stets warm unterstützt und namentlich ihre eigenen Bestrebungen im Interesse der Ausbreitung der Literatur und der Wissenschaften im Oriente kräftig ermuthigt habe. Ferner heißt es in der Adresse: „Frankreich ist uns theuer, nicht nur wegen des besondern Schutzes, den es uns stets gewährt hat, sondern auch, weil es der Brennpunkt der modernen Civilisation und weil unsere Nation ihre moralische und intellektuelle Wiedergeburt der Verbreitung der unsterblichen Grundsätze zu danken hat, die es verkörpert. Wir hoffen unsere Nation werde aus diesen großen Prinzipien Vortheil ziehen, vorzüglich jetzt, da die hohen Geschicke Frankreichs durch jene mächtige Hand geleitet werden, welche die Civilisation der Völker des Mittelmeers so trefflich beschrieben hat. Die erhabene Hand wird fortan bei der vollständigen Wiedergeburt der Nachkommen dieser nämlichen Völker kräftig unterstützt werden durch den ausgezeichneten Staatsmann, der die auswärtige Politik Frankreichs leiten wird und den Orient so gut kennt.“ Der Marquis erwiederte der Deputation, daß die moralische und intellektuelle Entwicklung der hellenischen Nation Frankreich am Herzen liege, daß aber die allgemeine Ruhe Europas ihm nicht gestatte, revolutionäre Bewegungen gegen die Türkei zu unterstützen.

Provinzielles.

Marienwerder, den 29. Sept. (D. Z.) Unsere Stadt, welche ihre in den Krieg gezogenen Mitbürger und Söhne schon durch reichliche Spenden zur Unterstützung der Verwundeten wie der unversehrt Gebliebenen und durch eifrige Fürsorge für die Familien der Krieger an den Tag gelegt hat, nimmt morgen auch Gelegenheit, die glücklich aus dem Felde oder aus ihren Besatzungsgarnisonen Heimgekehrten freundlich zu begrüßen, indem sie denselben und ihren Angehörigen ein Fest veranstaltet, das mit einem Mittagessen im Schützenhause beginnen und zu dem alsdann den Frauen und Kindern der Zutritt offen stehen soll. Die städtischen Behörden haben mit der Veranstaltung so lange gewartet, weil einmal erst jetzt alle ausgerückten Soldaten aus ihren verschiedenen Garnisonen heimgekehrt sind, und andererseits um erst den unheimlichen Gast, die Cholera, von hier abziehen zu lassen. Wir können dieselbe jetzt wohl als erloschen betrachten, da nur hin und wieder noch ein leichter Fall vorkommt. — Das Gymnasium, dessen Jahreskursus am 28. geschlossen worden ist, hat gegenwärtig 12 Lehrer und 245 Schüler, während die Vorbereitungsklasse von 41 Knaben besucht wird und unter spezieller Aufsicht des Directors von einem Lehrer unterrichtet wird.

Neuenburg, den 1. October. (Gr. Ges.) Trotz der in diesem Jahre im Allgemeinen möglichst gesegneten Ernte ist ein auch außerhalb unserer Provinz bekannter Handelsartikel, nämlich die unseren Weichselniederungs-Bewohnern sonst einen recht netten Groschen einbringende Pflaume, bekannt unter den Namen Montauer Pflaume, gänzlich mißrathen. Die wenigen noch gezeitigten Früchte sind neuerdings in Folge noch unerklärter Ursachen halbreif von den Bäumen gefallen, so daß die überaus wenigen gereiften Pflaumen einen enormen Preis haben.

Czerwinsk, den 1. October. (Gr. Ges.) Gestern wurde unter großem Gefolge Frau v. Kries, die hochbetagte Stammmutter der in Westpreußen weit verzweigten Familie v. Kries zu Grabe geleitet. Der edle Character der Verblichenen wird derselben in den Herzen aller derer, mit denen sie in näheren und entfernteren Beziehungen gestanden, ein ehrendes Andenken sichern. Namentlich verdient hervorgehoben zu werden das rege Interesse, welches die Verstorbene unermüdet dem Armen- und Schulwesen persönlich bethätigt hat.

Lokales.

— **Personal-Chronik** Herr G. Weese ist, wie die anderen Abgeordnetenhaus-Mitglieder, aus Berlin heimgekehrt. Wir rufen unserem geehrten Mitbürger ein herzliches Willkommen zu, und diesmal um so freudiger, als derselbe im Sinne seiner Wähler, zur Beseitigung des inneren Konflikts reolich mitgewirkt hat. Herr G. Weese, Herr Kreisr. Chomse, wie unser Mitbürger und Abgeordneter Kreisr. Lesse gehörten der liberalen Majorität an, welche die nationale Politik des Grafen v. Bismarck gutgeheißen hat und demgemäß abstimmte. Das Verhalten der liberalen Majorität war ein politisch umsichtiges und patriotisches. Vom Abschwören der Freiheit,*) so sagen auch wir, ist nirgends die Rede; die preußischen Volksvertreter haben nur gethan, was sie nicht lassen konnten, und die Nothwendigkeit der sie gehorchten, war nicht ihr Werk, sondern das Werk des ganzen Volks."

— **Kommerzielles.** Bekanntlich schweben die Unterhandlungen mit Rußland wegen Abschlusses eines auf liberalen Prinzipien basirten Handelsvertrages schon seit dem Jahre 1863. Damals, wie es der russischen Regierung darum ging, die Unterstützung Preußens gegen die polnischen Insurgenten zu gewinnen, machte sie in Bezug auf die Erleichterung des Handelsverkehrs mit Preußen sehr weit gehende Versprechungen, als aber der polnische Aufstand unterdrückt war, war sie durch die energischsten Vorstellungen nicht zu bewegen, diese Versprechungen zu erfüllen. Wie die „Stbg. Ztg." jetzt hört, ist der Minister-Präsident Graf Bismarck entschlossen, die Unterhandlungen mit erneutem Eifer zu betreiben, und wird daher in dem Waligorskischen Antrage eine willkommene Unterstützung seiner diplomatischen Bemühungen sehen.

— **Zum Verkehr.** Anfangs Juni, als die Kriegswolken am Horizonte immer stärker und dunkler heraufzogen und der Ausbruch des preußisch-österreichischen Krieges nur noch eine Frage war, welche in wenigen Tagen definitiv entschieden werden mußte, — damals fühlte sich die Königliche Festungs-Kommandantur durch die kriegerischen Verhältnisse und andere Rücksichten veranlaßt, die im v. J. gewährten, höchst dankenswerthen Erleichterungen für den Verkehr durch die Festungsthore aus und in die Stadt mit den Vorstädten und der Umgegend einigen Beschränkungen zu unterwerfen. Die Momente, welche zu dieser Maßnahme nöthigten, sind, so glauben wir annehmen zu dürfen, durch die Herstellung des Friedens beseitigt, und wäre die vollständige Republikation der vorjährigen Anordnung betreffs der Festungsthore zur Nachtzeit im Interesse des Verkehrs dringend wünschenswerth. Durch das Neue Kulmer-Thor z. B. ist die Passage zu jeder Tageszeit äußerst lebhaft und doch ist dasselbe zur Nacht geschlossen. Wird auch das Thor dem Einlaß begehrenden geöffnet, so wird hierdurch doch ein Aufenthalt im Freien bewirkt, welcher in bereits sehr kühlen Nacht mindestens nicht angenehm ist. Die vorbesagte Königliche Behörde würde sich daher die Bevölkerung der Stadt wie der Umgegend zu großem Dank verpflichten, wenn dieselben die Güte hätte, die Erleichterungen bezüglich der Passage durch die Festungsthore wieder eintreten zu lassen, deren wir uns vor dem Juni d. J. zu erfreuen hatten.

— **Musikalisches** Am Dienstag d. 2. d. Mts. gab der Pianist und Komponist, Herr A. Krug aus Berlin im Artushof ein Konzert, in welchem derselbe L. v. Bethovens Cis-moll Sonate, Chopini's B-moll-Nocturno, sowie Des- u. Es-dor Walzer, Fantasie über Prume's Melancolie von Wilmers und Indischer Marsch aus „die Afrikanerin" von Lißt, vortrug. In unserem Urtheil über des Konzertisten Leistungen können wir uns sehr kurz fassen. Sein Spiel entspricht vollständig und in jeder Beziehung allen Forderungen, welche man heute an einen Meister auf dem Piano zu stellen berechtigt ist. Herrn K. unterstützte die Sängerin Frl. Galatti, gleichfalls aus Berlin, durch den Vortrag von 3 Gesangs-Piecen.

---

*) Ludwig Baunberger „Alte Parteien und neue Zustände" — eine mit feinem Witz geschriebene, lobenswerthe Flugschrift.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Das Salzmonopol.** Die volkswirthschaftliche Kritik des Salzmonopols als einer in der Erhebungsform im höchsten Grade nachtheiligen Kopfsteuer dürfen wir als abgeschlossen betrachten. Freunde hat dasselbe nur noch bei Denen, welche meinen, die Kunst der Besteuerung bestände darin, den Leuten das Geld wegzunehmen, ohne daß sie es unmittelbar merken und, verstimmt über den leicht berechneten Betrag, nach der Verwendung fragen. Und die Zahl dieser Besteuerungskünstler wird nachgerade kleiner, da sich nicht mehr wegleugnen läßt, daß auch der Pfennig, der der Kasse unmerklich entzogen wird, schließlich fehlt, und daß sittliche, sanitätische und wirthschaftliche Wirkungen schlechter Besteuerungsformen vorhanden sind und sich nachweisen lassen, auch wenn der Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung versteckt ist. Indeß ist vor der Hand nicht wohl an eine Beseitigung jeder Besteuerung des Salzes zu denken, da es schwer sein dürfte, einen leicht zu beschaffenden Ersatz für den Einnahmeausfall zu finden. Wohl aber ist Hoffnung nicht nur die der Ausbeutung der Salzschätze, dem Salzverbrauch und dem Handel mit Salz so unversöhnlich feindselige Form des Monopols beseitigt, sondern zugleich eine Ermäßigung des Steuersatzes herbeigeführt zu sehen. In Deutschland treten für alle Beobachter die Wirkungen in den Vordergrund, welche die verschiedenartigen nebeneinander bestehenden Formen der Salzsteuererhebung üben. So lange in dem einen Staate das Salzmonopol, in dem andern eine Salzsteuer und in den verschiedenen Monopol- resp. Steuerstaaten verschiedene Höhen der Salzpreise und Salzsteuern bestehen, ist die Durchführung des freien Verkehrs in Deutschland unmöglich, und die ärgerlichsten und hemmendsten Kontrolle-Einrichtungen an den verwickelten Grenzen bleiben eine Nothwendigkeit. Bei der jetzt vor sich gehenden politischen Umgestaltung wird hoffentlich auch die Frage des Salzmonopols in Deutschland gelöst werden. Die für Preußen neu erworbenen Länder haben zum Theil nicht das Monopol, sondern eine Salzsteuer. Innerhalb des preußischen Staatsgebietes wird also die Herstellung einer einheitlichen Form der Salzbesteuerung unausweichlich und, verurtheilt, wie das Salzmonopol von allen Faktoren unserer Gesetzgebung bereits ist, kann man es als unzweifelhaft betrachten, daß nicht das Monopol, sondern die Steuer die gemeinsame Erhebungsform werden wird. Im norddeutschen Bunde wird man ebenfalls die Verkehrsfreiheit voll durchführen wollen, und die gemeinsame Form der Salzsteuer wird um so weniger Schwierigkeiten finden, wenn der Ausgabe-Etat der Centralgewalt auch auf die Salzsteuer angewiesen wird. Größere Schwierigkeitn wird die Vereinbarung mit den süddeutschen Staaten über eine gemeinsame Salzsteuer machen. Aber eben weil die süddeutschen Staaten vorläufig außerhalb des norddeutschen Bundes bleiben, dürften sie in ihrem eigenen Interesse um so mehr Veranlassung finden, mit dem Gemeinsamen, was zurückbleibt, also namentlich mit der Verkehrsfreiheit innerhalb des Zollvereinsgebiets vollen Ernst zu machen. Wie man der „K. Z." von hier schreibt, ist die diesseitige Regierung mit den Vorarbeiten zur Aufhebung des Salzmonopols und Einführung einer dem ganzen Zollverein gemeinschaftlichen Salzsteuer eifrig beschäftigt. Es sollen die in Hannover und Oldenburg bestehenden Einrichtungen zu Grunde gelegt, die Einfuhr von Salz aus dem Auslande jedoch allgemein gestattet werden. Der die Salzsachen im Finanzministerium bearbeitende Geheime Ober-Finanzrath Scheele wird sich nächstens nach Hannover begeben, um sich über die zum Schutze der Salzsteuer bestehenden Einrichtungen zu informiren.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch Papier 129¼ pCt. Russisch-Papier 129 pCt. Klein-Courant 20—25 pCt. Groß Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 125 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 2. Oktober. Temp Wärme 11 Grad. Luftdruck 28 Zoll 4 Strich. Wasserstand — Fuß — Zoll.
Den 3. Oktober. Temp. Wärme 9 Grad. Luftdruck 28 Zoll 6 Strich. Wasserstand — Fuß — Zoll.

Inserate.

Am Freitag den 5. d. Mts. von Morgens 9 Uhr ab sollen auf dem Platze zwischen Mocker und dem Militair-Kirchhof 16 zurückgewährte Landwehrpferde meistbietend gegen sofortige Bezahlung verkauft werden. Der Kreis leistet keinerlei Gewähr.

Thorn, den 3. Oktober 1866.

Der Landrath.

Am 4. d. Mts. Vormittags 9 Uhr soll vor der Mocker ein Mobilmachungspferd meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden, wozu Kauflustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß keinerlei Garantie geleistet wird.

Thorn, den 2. Oktober 1866.

Das Kommando des Königlichen 8 Pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 61.

Die meinem Stiefsohn **Herrmann Ludwig** ertheilte General-Vollmacht hat von heute ab keine Gültigkeit mehr.

Johann Ott.

Die Aufnahme neuer Schüler in die Bürger- und Elementarschule findet Montag den 8. und Dienstag den 9. Oktober statt. Zur Entgegennahme von Anmeldungen werde ich an beiden Tagen in den Stunden von 9—12 Uhr Vormittags im Lokal der ersten Klasse der Bürgerschule anwesend sein.

Hoebel.

Ich erlaube mir hiermit die ergebene Anzeige, daß ich mich mit heutigen Tage als

Ofen- und Küchensetzer

etablirt habe.

Ich empfehle mich unter Zusicherung prompter und reeller Bedienung einem geneigten Wohlwollen.

Thorn, den 3. Oktober 1866.

Ludwig Hanert, Töpfermeister.
Am Jakobs-Thor Nr. 228.

Meinen verehrten Gönnern und Kunden die ergebene Anzeige, daß ich vom Militair wieder entlassen, mein Geschäft wie früher fortsetze, und bitte, das mir geschenkte Vertrauen auch fernerhin gütigst bewahren zu wollen.

Th. Logan, Tischlermeister.
Am innern Jakobsthor, im früher Till'schen Hause.

Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Leipzig.

Auf Gegenseitigkeit gegründet 1830.
Vermögensbestand Ende December 1865: 2,288,590 Thlr.
Versicherungsbestand Ende August 1866: 9580 Personen versichert mit 10,692,600 Thlr.
Seit Bestehen der Anstalt wurden bezahlt:
für verstorbene Mitglieder . . 3,767,200 Thlr.
für Dividende an die Versicherten: 703,530 „
Dividende für 1866: **32%**
„ „ 1867: **32%**

Die obige Gesellschaft, welche sich ebenso sehr **durch prompte Auszahlung der bei ihr versicherten Capitalien als durch Billigkeit und durch ihre vortheilhaften, den Beitritt erleichternden Versicherungsbedingungen** empfiehlt, übernimmt Versicherungen von 100 bis 10,000 Thlr., worüber nähere Auskunft unentgeltlich ertheilen.

Auch sind die fälligen Quittungen pro 1. October cr. bei mir in Empfang zu nehmen.

Der Agent
F. G. Gehrke.

Ein schwarzer **Dachshund** mit brauner Brust und braunen Füßen auf den Namen **Ali** hörend, ist mir am Sonnabend den 29. d. Mts. abhanden gekommen.

Wer mir den Hund wiederbringt erhält eine angemessene Belohnung. Vor dem Ankauf wird gewarnt.

Thorn, im October 1866.

C. A. Lechner.
Große Gerberstraße 289.

Vorzüglichen **Leck-Honig** à Pfd. 6 Sgr. verkauft
H. Thomas.
Neustädter Markt Nr. 234.

Gänzlicher Ausverkauf wegen Aufgabe des Geschäfts.

Um schnell zu räumen, verkaufe ich meine sämmtlichen **Moden-, Leinen-, Seiden- und Confectionswaaren** unter dem Kostenpreise. Echt französische **Long-Châles** und **Salon-Teppiche** in größter Auswahl.

Simon Leiser.

5. Auflage! — Dr. F. H. Ungewitter's neueste

Erdbeschreibung und Staatenkunde

oder geographisch-statistisch-historisches Handbuch.
Fünfte, vermehrte und verbesserte Auflage.
Bearbeitet von **Dr. G. W. Hopf,**

In ca. 30 Lieferungen von 4 Bog. in größtem Lexicon-Format (gleich dem Inhalte von 8 Bogen gewöhnlichem Octav) eleg. geh. à 6 Sgr. Dresden, Verlag von Gustav Dietze.

Dieses rühmlichst bewährte Handbuch ist im Hinblick auf die gegenwärtigen Zeitereignisse von ganz besonderem Interesse, weil es nach seiner Vollendung die **politische Neugestaltung Deutschlands** unter gleichzeitiger Berücksichtigung der bisherigen Verhältnisse ausführlich enthalten wird. **Sonst** und **Jetzt** werden sich darin also anschaulich gegenüberstehen.

Vorräthig in der Buchhandlung von *Ernst Lambeck.*

Dem Rathe der vortrefflichen Schrift **„Keine Hämorrhoiden mehr!"**, welche in der Buchhandlung von **Ernst Lambeck** in Thorn für 5 Sgr. zu bekommen ist, verdanke ich die völlige Heilung von meinen langen und schweren Hämorrhoidalleiden und bezeuge der Wahrheit gemäß, daß ich mich jetzt des besten Wohlseins erfreue.

F. Eppner, Weinhändler.



Zur Wintersaison

empfing so eben eine reichhaltige Auswahl **Petroleum-Lampen** aus der Fabrik von **Stobwasser** in Berlin und empfiehlt dieselben zur geneigten Ansicht

Oskar Guksch.

Oeffentlicher Dank.

Die Unterzeichneten halten es für ihre Pflicht, ihren leidenden Mitmenschen hiermit öffentlich bekannt zu geben, daß sie schwer **„an der Gicht"** darniederlagen und nur durch das Heilverfahren des Herrn **Dr. Müller** in Coburg ihre Genesung finden konnten. Dem Herrn Dr. Müller bringen sie hierdurch ihre Dankbarkeit und ganze Hochachtung zum Ausdrucke.

Güntersleben, bei Würzburg den 1. October 1866.

A. Ulsamer, Lehrer. **Mich. Krupp**, Oeconom.

Petroleum

in bester wasserheller Waare empfiehlt
Friedr. Zeidler.

Neunaugen, geräuch. Spickaale
empfiehlt in ausgezeichneter Qualität
Friedrich Schulz.

Meinen geehrten Kunden die ergebene Anzeige, daß ich Culmer-Straße im Hause des Hrn. Rechts-Anwalt **Simmel** wohne und bitte mir auch dort das geschenkte Vertrauen zu bewahren.

Gleichzeitig zeige ich einem geehrten Publikum an, daß bei mir **Kinder-Anzeige** sauber und geschmackvoll nach den neuesten Façons gefertigt werden.

Thorn, den 2. Oktober 1866.

H. Grütter, Schneidermeister.

Ein **Schmiedewerkzeug** ist billig zu verkaufen beim Gastwirth **Krämer** in Grzywno.

Eiergräupchen, Façon- und Eiernudeln,
bester Qualität empfiehlt
Benno Richter.

Bei meiner Abreise nach Danzig empfehle ich mich und die Meinigen allen lieben Bekannten zu freundlicher Erinnerung.

Thorn, den 30. September 1866

J. Güte, Kgl. Obergrenzcontroleur.

Frische schottische Heeringe

sowie geräucherte bei **Sonnenberg.**

Limburger Käse

in wie bisher schöner Qualität empfiehlt
Friedr. Zeidler.

Eine tüchtige, erfahrene **Köchin**, die zugleich die Milcherei und das Federvieh versehen soll, sowie ein ordentliches Stubenmädchen finden sofort ein Unterkommen. Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Das Berliner Möbelmagazin

ist durch Zusendung auf das Reichhaltigste assortirt und empfehle ich die elegantesten wie einfachsten Möbel und versichere die billigsten Preise zu stellen.

W. Berg.
12. Brückenstraße 12.

Zahnärztliche Anzeige.

Hiermit zur gefälligen Kenntniß geehrter Patienten, daß ich bestimmt und spätestens vom 6. Oktober an in
Thorn, Hôtel de Sanssouci
1 Tr. Zimmer 6—7
für Zahnleidende zu consultiren sein werde.

Ich kann für meine diesmalige Reise in der Provinz unbedingt nur eine kurze Zeit verwenden, und bitte daher um recht frühzeitige Anmeldungen.

Zahnarzt H. Vogel
aus Berlin.

Limburger Käse

empfing und empfiehlt **Benno Richter.**

Altst. Markt Nr. 299 zwei Tr. ist 1 Wohnung best. aus 2 zweifenstr. und 2 einfenstr. Zimmern nebst Zubehör sofort zu vermiethen.

M. Schirmer.

Die Wohnung nebst Zubehör und Pferdestall in der Belle-Etage meines Hauses Nr. 233 am altst. Thor ist zu vermiethen.

C. Pichert.

Eine kleine Wohnung ist zu vermiethen. Neust. Gerechtestraße Nr. 104.

Neustädter Markt Nr. 145 ist die Belletage oder Parterre-Wohnung nebst Zubehör zu vermiethen.

Es predigen:

In der neustädtischen evangelischen Kirche.
Mittwoch, den 3. Oktober Abends 6 Uhr Missionsvortrag Herr Pfarrer Schnibbe.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck.